



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Bruno Baumann, SP-Fraktion: Missbräuche bei der Personenfreizügigkeit

Autor/in: [Bruno Baumann](#)

Mitunterzeichnet von: Baumann, Bühler, Dambach, Degen, Fankhauser, Frommherz, Giger, Halder, Helfenstein, Joset, Rüegg, Schweizer K., Würth

Eingereicht am: 24. Juni 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Missbräuche der Personenfreizügigkeit durch EU - Bürger nehmen enorm zu. Diese Tatsache gefährdet einheimische Arbeitsplätze. Die SP und die Gewerkschaften haben den Bilateralen und der Personenfreizügigkeit nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass verbindliche Begleitmassnahmen, die Lohndumping und Betrug bekämpfen und diesbezüglich Massnahmen eingeleitet werden. Sie haben immer signalisiert, dass sie Missbräuche nicht dulden werden. Ohne Rahmenbedingungen sind unsere Arbeitsplätze in Gefahr. Immer wieder unterlaufen sogenannte Scheinselbständige die GAV's. So wurden kürzlich auf einer Baustelle selbständige Handwerker kontrolliert, die Nachtarbeiten für 13 Euro die Stunde verrichtet haben - rund 300% unter den Ansätzen des geltenden GAV. Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit wurden ebenso wenig vergütet, wie die Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge abgerechnet. Diese massiven Rechtsungleichheiten zulasten einheimischer Betriebe gefährden Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

- bei Vergaben von Aufträgen durch den Kanton darauf zu achten, dass keine Aufträge an Scheinselbständige aus dem EU-Raum vergeben werden.
- beim SECO zu intervenieren, damit ein Katalog erarbeitet wird, der alle Dokumente auflistet, die Selbständige aus dem EU-Raum zum Beweis ihres Status ab Beginn der Tätigkeit in der Schweiz zwingend auf sich tragen müssen.
- dafür zu sorgen, dass gegenüber Scheinselbständigen und Firmen, die sie beschäftigen, muss von Anfang an und nicht erst im Wiederholungsfall mit Bussen und Sperren hart durchgegriffen werden.
- dafür zu sorgen, dass die Betroffenen beim Fehlen dieser Papiere von ihrer Wirkungsstätte weggewiesen werden.